

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992

(Wortlaut)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik -

Entschlossen, an die jahrhundertelangen fruchtbaren Traditionen gemeinsamer Geschichte und an die Ergebnisse der bisherigen Zusammenarbeit anzuknüpfen sowie ihre gegenseitigen Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit auf eine zukunftsweisende Grundlage zu stellen,

Eingedenk der zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben, und des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde,

In dem festen Willen, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen,

in der Überzeugung, daß die Erfüllung der Sehnsucht ihrer Völker nach Verständigung und Versöhnung wesentlich zur Festigung des Friedens in Europa beiträgt,

Zutiefst überzeugt von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung einschließlich kooperativer Strukturen der Sicherheit zu schaffen,

Im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung als Nachbarn in der Mitte Europas für den Aufbau dieses neuen, durch ein gemeinsames Erbe und gemeinsame Werte vereinten Europa,

In Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat,

In Bestätigung des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938,

Eingedenk des bedeutsamen Beitrags der Vollendung der Einheit Deutschlands und der demokratischen Veränderungen in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik für ein geeintes demokratisches Europa,

In Würdigung des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland *) ,

*) Wortlaut in „Blätter“, 11/1990, S. 1389 ff. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Im Bewußtsein der Bedeutung, welche die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik für ihre künftigen Beziehungen haben, sowie in Würdigung der Mitgliedschaft beider Staaten im Europarat,

Eingedenk des schöpferischen Beitrags ihrer Völker zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas und der tiefen gegenseitigen Bereicherung ihrer Kulturen sowie der Bedeutung des Kulturaustauschs für das gegenseitige Verständnis,

In der Überzeugung, daß der jungen Generation bei der Neugestaltung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihren Völkern eine besondere Rolle zukommt -

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft gestalten. Sie streben eine umfassende friedliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten an. Sie werden ihren Dialog in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens erweitern und vertiefen.

(2) Sie streben die Schaffung eines Europa an, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Grundsätze der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit geachtet werden und in dem die Grenzen ihren trennenden Charakter durch gegenseitiges Verständnis verlieren und auch durch den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Unterschiede überwunden werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien lassen sich bei der Gestaltung ihrer Beziehungen und in Fragen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt insbesondere von folgenden Grundsätzen leiten:

Oberstes Ziel ihrer Politik ist es, den Frieden zu wahren und zu festigen sowie bewaffnete Konflikte und jede Art von Krieg wirksam zu verhindern.

Sie stellen den Menschen, seine Würde und seine Rechte, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Sie handeln in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und erfüllen ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Sie lassen sich leiten von der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 * *) und den in der Folgezeit angenommenen KSZE-Dokumenten, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990***).

Sie achten gegenseitig ihre souveräne Gleichheit, ihre territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, ihre politische Unabhängigkeit sowie den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und den Grundsatz des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Sie bekräftigen das Recht aller Völker, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Wortlaut in „Blätter“, 8/1975, S. 899 ff. D. Red.

*) Wortlaut in „Blätter“, 1/1991, S. 105 ff. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze. Sie bekräftigen, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

(2) Sie verpflichten sich, die Souveränität und territoriale Integrität der anderen Vertragspartei uneingeschränkt zu achten.

(3) Sie werden einen Vertrag über die Feststellung, Berichtigung, Vermessung, Vermarkung und Erhaltung der gemeinsamen Grenze auf der Grundlage einer gemeinsamen kartographischen Dokumentation sowie über die Einrichtung einer ständigen gemischten Grenzkommision abschließen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen, daß sie sich der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt enthalten werden, die gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit der jeweils anderen Vertragspartei gerichtet oder auf irgendeine andere Art und Weise mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen oder mit der Schlußakte von Helsinki unvereinbar ist.

(2) Alle ihre Streitigkeiten werden sie ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und keine ihrer Waffen jemals anwenden, es sei denn zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Sie werden niemals und unter keinen Umständen als erste Streitkräfte gegeneinander einsetzen.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien werden den Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki und der nachfolgenden KSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa, unterstützen und unter Mitwirkung aller Teilnehmerstaaten weiter stärken und entwickeln, namentlich durch die Nutzung und den geeigneten Ausbau der neu geschaffenen Einrichtungen.

(2) Ziel dieser Bemühungen ist die Festigung von Frieden, Stabilität und Sicherheit und das Zusammenwachsen Europas zu einem einheitlichen Raum der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.

Artikel 6

Die Vertragsparteien fördern umfassend die Festigung der Sicherheit und den Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit für ganz Europa. Mit diesem Ziel werden sie die Einrichtung und Tätigkeit ständiger Institutionen und Organe unterstützen. Sie werden insbesondere zusammenarbeiten, um die neuen Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengungen im Bereich der Sicherheit zu nutzen.

Artikel 7

Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Vertragspartei eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Vertragsparteien im Rahmen der Verfahren der KSZE wie auch der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Sie werden unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.

Artikel 8

Die Vertragsparteien treten dafür ein, daß Streitkräfte und Rüstungen durch verbindliche und wirksam überprüfbare Vereinbarungen auf ein möglichst niedriges Niveau reduziert werden, das zur Verteidigung ausreicht, aber nicht zum Angriff befähigt. Sie werden sich, auch gemeinsam, für den multilateralen und bilateralen Ausbau vertrauensbildender und stabilisierender sowie anderer rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen einsetzen, die Stabilität und Vertrauen stärken und zu größerer Offenheit führen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß der in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik eingeleitete wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß durch internationale Zusammenarbeit gefördert werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, sowohl bilateral wie auch multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Rahmen einer vollentwickelten sozialen Marktwirtschaft hinzuwirken. Damit sollen auch die Bedingungen für eine wesentliche Verringerung der Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa geschaffen werden.

Artikel 10

(1) Mit dem Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik legen die Europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedstaaten und die Tschechische und Slowakische Föderative Republik die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik an die Europäischen Gemeinschaften.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird die Bemühungen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik um die Herbeiführung von Bedingungen für ihre volle Eingliederung in die Europäischen Gemeinschaften unterstützen.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien werden regelmäßige Konsultationen auf verschiedenen Ebenen abhalten, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung ihrer bilateralen Beziehungen sicherzustellen und ihre Haltung zu internationalen Fragen abzustimmen.

(2) Konsultationen auf der Ebene der Regierungschefs finden so oft wie erforderlich, mindestens einmal jährlich, statt.

(3) Die Außenminister tragen für die Durchführung dieses Vertrags in seiner Gesamtheit Sorge. Sie werden mindestens einmal jährlich zu Konsultationen zusammentreffen. Leitende Beamte der beiden Außenministerien, denen politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten obliegen, treffen regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu Konsultationen zusammen.

(4) Andere Minister, darunter die Verteidigungsminister, werden sich regelmäßig miteinander konsultieren. Das gleiche gilt für die leitenden Beamten dieser Ministerien.

(5) Die bereits bestehenden gemeinsamen Kommissionen werden ihre Arbeit nach Möglichkeit intensivieren. Neue gemischte Kommissionen werden bei Bedarf nach gegenseitiger Absprache gebildet.

Artikel 12

Die Vertragsparteien unterstützen die Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen und Stärkung der Zusammenarbeit in Europa.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Artikel 13

(1) Die Vertragsparteien unterstützen und erleichtern die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik andererseits sowie die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zwischen Regionen und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im Grenzbereich.

(2) Zu diesem Zweck wird eine Gemischte Kommission gebildet, an der insbesondere Vertreter der grenznahen regionalen und kommunalen Körperschaften sowie der nichtstaatlichen Organisationen beteiligt sind.

(3) Einzelheiten dieser Zusammenarbeit, insbesondere Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Gemischten Kommission, werden in einer gesonderten Vereinbarung geregelt, die von internationalen Erfahrungen, insbesondere der Praxis des Europarats, ausgeht.

(4) Die Vertragsparteien fördern die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die direkten Kontakte zwischen Städten und Gemeinden.

Artikel 14

Die Vertragsparteien werden ihre Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen, insbesondere europäische Organisationen, vertiefen. Sie werden einander behilflich sein, die Zusammenarbeit mit internationalen, insbesondere europäischen Organisationen und Institutionen zu entwickeln, denen eine Vertragspartei als Mitglied angehört, falls die andere Vertragspartei Interesse bekundet.

Artikel 15

(1) Die Vertragsparteien werden ihre wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit auf allen Gebieten weiterentwickeln. Sie werden im Rahmen ihrer Gesetzgebung und ihrer Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, die günstigsten Rahmenbedingungen, insbesondere auf wirtschaftlichem, finanziellem, rechtlichem und organisatorischem Gebiet für natürliche und juristische Personen für unternehmerische und wirtschaftliche Tätigkeiten schaffen.

(2) Die Vertragsparteien bestätigen ihre Bereitschaft, unter Berücksichtigung ihrer beiderseitigen Interessen und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen der multilateralen Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, zusammenzuarbeiten.

(3) Die Vertragsparteien werden insbesondere die Entwicklung der Zusammenarbeit zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Investitionen sowie der industriellen Kooperation von Unternehmen unter voller Ausnutzung aller verfügbaren Instrumente fördern. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit zwischen kleineren und mittleren Firmen und Betrieben gelten.

(4) Sie werden darüber hinaus die Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft unterstützen und wesentlich ausbauen.

Artikel 16

(1) Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte die Zusammenarbeit bei der Nutzung der Möglichkeiten moderner Wissenschaft und Technologie zum Wohl der Menschen und zur Sicherung des Friedens ausbauen.

(2) Sie werden an diesen Zielen orientierte Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen unterstützen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

(3) Sie werden den Zugang zu Archiven, Bibliotheken, Forschungsinstituten und ähnlichen Einrichtungen erleichtern.

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß die vorausschauende Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unverzichtbare Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sind. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage bestehender Übereinkünfte fortzusetzen und auch vertraglich weiter auszubauen.

(2) Besondere Aufmerksamkeit werden sie dem Umweltschutz in den Grenzregionen sowie dem grenzüberschreitenden Umweltschutz widmen.

(3) Sie werden sich darüber hinaus für die Entwicklung abgestimmter Strategien für eine internationale und regionale Umweltpolitik einsetzen, die eine dauerhafte und umweltverträgliche Entwicklung in ganz Europa zum Ziel hat.

(4) Sie werden sich bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen gegenseitig Hilfe leisten.

Artikel 18

(1) Die Vertragsparteien streben eine Erweiterung der gegenseitigen Transportverbindungen im Luft-, Eisenbahn-, See-, Binnenschiffahrts- und Straßenverkehr sowie der Rohrleitungsverbindungen unter Nutzung modernster Technologien an.

(2) Sie werden sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft um die Einrichtung und den Ausbau einer größtmöglichen Zahl von Grenzübergängen an der gemeinsamen Grenze für den Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie für Fußgänger bemühen. Sie werden dabei auch die Gesichtspunkte des Umweltschutzes und der örtlichen Verkehrsplanung berücksichtigen.

(3) Sie bemühen sich, die Zoll- und Grenzabfertigung zu verbessern und zu beschleunigen sowie die Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzverwaltungen weiterzuentwickeln.

(4) Sie werden geeignete Maßnahmen zur Unterstützung und Erleichterung des Reise- und Fremdenverkehrs treffen

(5) Sie streben auch die Erweiterung, Verbesserung und Harmonisierung der Kommunikationsverbindungen zwischen beiden Ländern unter Berücksichtigung der internationalen und insbesondere der europäischen Entwicklung in Normung und Technologie an. Dies gilt insbesondere für Telefon- und Telexverbindungen sowie für Verbindungen zur elektronischen Datenübertragung.

Artikel 19

Die Vertragsparteien stimmen darin überein, daß in einem zusammenwachsenden Europa die Abstimmung der Raumordnungspolitik, insbesondere zwischen unmittelbaren Nachbarstaaten, notwendig ist. Sie werden deshalb bei der Raumordnung und der räumlichen Planung auf allen Ebenen, insbesondere in Fragen grenzüberschreitenden Charakters, zusammenarbeiten.

Artikel 20

(1) Die Vertragsparteien erfüllen mindestens die in den KSZE-Dokumenten, insbesondere dem Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990, verankerten politischen Verpflichtungen als rechtlich verbindliche Verpflichtungen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

(2) Die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, das heißt Personen tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen, haben demzufolge insbesondere das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.

(3) Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

(4) Jeder Angehörige der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ist nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen gehalten, sich wie jeder Staatsbürger der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu verhalten, indem er sich nach den Verpflichtungen richtet, die sich auf Grund der Gesetze dieses Staates ergeben.

(5) Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik ermöglicht und erleichtert im Rahmen ihrer geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit oder ihrer Organisationen.

Artikel 21

(1) Personen tschechischer oder slowakischer Abstammung in der Bundesrepublik Deutschland haben das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu pflegen und frei zu entfalten. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben.

(2) Die Inanspruchnahme der in Absatz 1 genannten Rechte ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht und erleichtert im Rahmen ihrer geltenden Gesetze der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik Förderungsmaßnahmen zugunsten der in Absatz 1 genannten Personen oder ihrer Organisationen.

Artikel 22

(1) Die Vertragsparteien werden insbesondere auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden Abkommen und Programme den Kulturaustausch in allen Bereichen und auf allen Ebenen intensivieren und ausbauen und damit gleichzeitig zur europäischen kulturellen Identität beitragen.

(2) Die bestehende Gemischte Kommission wird künftig mindestens einmal jährlich zusammentreten, um den Stand des Kulturaustauschs in allen Bereichen zu prüfen und Vereinbarungen über die nächsten Vorhaben zu treffen.

(3) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Institutionen und Organisationen, Vereinigungen von Künstlern sowie direkte Kontakte zwischen Künstlern beider Länder unterstützen.

Artikel 23

Die Vertragsparteien werden das Abkommen über die gegenseitige Errichtung und Tätigkeit von Kultur- und Informationszentren für eine umfassende Tätigkeit dieser Institutionen voll ausschöpfen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Artikel 24

- (1) Die Vertragsparteien werden bei der Erhaltung und Pflege des europäischen kulturellen Erbes zusammenarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit widmen sie der Denkmalpflege.
- (2) Im Geiste der Verständigung und der Versöhnung werden sie gemeinsame Initiativen in diesem Bereich verwirklichen.
- (3) Sie werden sich insbesondere der auf ihrem Gebiet befindlichen Orte und Kulturgüter, die von geschichtlichen Ereignissen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und Traditionen der anderen Seite zeugen, besonders annehmen und zu ihnen freien und ungehinderten Zugang ermöglichen. Die genannten Orte und Kulturgüter stehen unter dem Schutz der Gesetze.

Artikel 25

- (1) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen breiten Zugang zu Sprache und Kultur des anderen Landes zu ermöglichen, und sie unterstützen entsprechende staatliche und private Institutionen und Initiativen.
- (2) Sie setzen sich mit Nachdruck dafür ein, den Unterricht der Sprache des anderen Landes an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu erweitern. Sie werden auch Initiativen zur Gründung von Schulen mit Unterricht in beiden Sprachen unterstützen. Sie werden sich bemühen, an ihren Hochschulen die Möglichkeiten des Studiums der Kultur, Literatur und Sprachen des anderen Landes, das heißt der Germanistik beziehungsweise der Bohemistik und Slowakistik, auszubauen.
- (3) Sie werden bei der Entsendung von Hochschullektoren, der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie bei der Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterial, einschließlich der Nutzung von Fernsehen, Hörfunk, Audio-, Video- und Computertechnik, zusammenarbeiten.

Artikel 26

- (1) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit im schulischen Bereich vertiefen. Sie werden die Entsendung von Lehrern sowie den Austausch von Schülern und Lehrern ausbauen und die Anknüpfung von Schulpartnerschaften unterstützen.
- (2) Sie streben eine erhebliche Erweiterung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen und zwischen entsprechenden Institutionen beider Seiten an. Sie werden die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten fördern und weiter ausbauen, und zwar sowohl durch den Austausch von Studenten und wissenschaftlichen Lehrkräften als auch durch gemeinsame Vorhaben.
- (3) Sie messen der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung große Bedeutung bei und werden sie wesentlich ausbauen und vertiefen.

Artikel 27

Die Vertragsparteien werden alle Aktivitäten unterstützen, die zu einem gemeinsamen Verständnis der deutsch-tschechoslowakischen Geschichte, vor allem dieses Jahrhunderts, beitragen. Dazu gehört auch die Arbeit der gemeinsamen Historikerkommission und der unabhängigen deutsch-tschechoslowakischen Schulbuchkonferenzen.

Artikel 28

- (1) Die Vertragsparteien werden umfassende Kontakte, insbesondere persönliche Begegnungen zwischen ihren Bürgern fördern, die sie als unerläßliche Voraussetzung für das gegenseitige Kennenlernen und die Vertiefung des Verständnisses zwischen ihren Völkern betrachten.

Dokumente zum Zeitgeschehen

(2) Sie unterstützen die enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Stiftungen, Sportorganisationen, sozialen Einrichtungen, Frauen-, Umweltschutz- und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden.

Artikel 29

Die Vertragsparteien sind davon überzeugt, daß die künftige Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen wesentlich von dem gegenseitigen Verständnis und der aktiven Beteiligung der jungen Generation abhängt. Sie treten deshalb für umfassende und enge Kontakte der deutschen mit der tschechischen und slowakischen Jugend ein. Sie werden daher die Begegnung, den Austausch und die Zusammenarbeit von Jugendlichen unterstützen und fördern.

Artikel 30

(1) Die Vertragsparteien erklären, daß deutsche und tschechoslowakische Gräber auf ihrem Gebiet in gleicher Weise geachtet und geschützt werden; ihre Pflege wird ermöglicht.

(2) Die Gräber deutscher beziehungsweise tschechoslowakischer Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft, die sich auf ihrem Gebiet befinden, stehen unter dem Schutz der Gesetze und werden erhalten; ihre Erfassung und Pflege wird ermöglicht.

(3) Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen, die für die Pflege dieser Gräber zuständig sind, unterstützen.

Artikel 31

(1) Die Vertragsparteien werden im Einklang mit ihren Rechtsordnungen und unter Berücksichtigung der entsprechenden mehrseitigen Übereinkünfte den Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Strafsachen sowie in Verwaltungsangelegenheiten weiterentwickeln. Zum Nutzen ihrer Bürger werden sie ihn vereinfachen und intensivieren.

(2) Sie werden bei der Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere des organisierten Verbrechens, des internationalen Terrorismus, der unerlaubten Ein- oder Durchreise von Personen, der Rauschgiftkriminalität und des strafbaren Handels mit Kunstwerken zusammenwirken.

Artikel 32

(1) Die Vertragsparteien werden im Bereich der sozialen Sicherung und der arbeits- und sozialpolitischen Zusammenarbeit ihre Beziehungen ausbauen und vertiefen.

(2) Sie werden sich um eine möglichst umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens bemühen. Besondere Aufmerksamkeit werden sie der Bekämpfung von Infektionskrankheiten und anderen Krankheiten widmen.

Artikel 33

Dieser Vertrag richtet sich gegen niemanden. Er berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen aus geltenden zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünften, die von den Vertragsparteien mit anderen Staaten geschlossen wurden.

Artikel 34

Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Verwirklichung dieses Vertrags werden die Vertragsparteien, unbeschadet der Bestimmungen des Artikel 11, das im Bericht über das KSZE-Expertentreffen über die Friedliche Regelung von Streitfällen in La Valetta vom 8. Februar 1991 beschriebene Verfahren anwenden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Artikel 35

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert er sich um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der Vertragsparteien den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Prag am 27. Februar 1992

in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für	die	Für	die
Bundesrepublik Deutschland		Tschechische und Slowakische Föderative Republik	
Helmut Kohl		Vaclav Havel	
Hans-Dietrich Genscher		Jiri Dienstbier	

Briefwechsel

Der Bundesminister des Auswärtigen

Prag, den 27. Februar 1992

Seiner Exzellenz dem Stellvertreter
des Vorsitzenden der Regierung der CSFR
und Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Herrn Jiri Dienstbier, Prag

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erklärt, daß die in Artikel 10 erwähnte Perspektive der vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß sich auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können.

2. Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans-Dietrich Genscher

Dokumente zum Zeitgeschehen

*Der Stellvertreter des Vorsitzenden
der Regierung der CSFR und Minister
für Auswärtige Angelegenheiten*

Prag, den 27. Februar 1992

Seiner Exzellenz dem Bundesminister
des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans-Dietrich Genscher, Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit möchte ich in Erinnerung rufen, daß während der Verhandlungen folgende Erklärungen abgegeben wurden:

1. Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erklärt, daß die in Artikel 10 erwähnte Perspektive der vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß sich auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik niederlassen können.
2. Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befaßt sich nicht mit Vermögensfragen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jiri Dienstbier

Denkschrift der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag vom 27. April 1992

(Auszüge)

(...)

Angesichts der Bedeutung der Minderheitenfrage für die weitere Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen enthält der Vertrag eine rechtlich verbindliche Regelung des Status und der Rechte der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei. Die deutsche Minderheit wird in ihrer Existenz förmlich anerkannt und erhält eine rechtlich gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat, indem die in den KSZE-Dokumenten verankerten politischen Verpflichtungen zum Schutze von Minderheiten, wie sie insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE niedergelegt sind, in dem Vertrag als völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben werden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Schiedsklausel zu, die vorsieht, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Verwirklichung des Vertrags das in La Valletta vereinbarte KSZE-Verfahren zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten Anwendung findet.

(...)

Präambel

Die Präambel bringt das beiderseitige Bestreben zum Ausdruck, an die jahrhundertelangen Traditionen fruchtbarer Zusammenarbeit anzuknüpfen und diese Zusammenarbeit im Geiste guter

Nachbarschaft auf eine umfassende neue Grundlage zu stellen. Beide Seiten geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auch die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte durch gemeinsame Bemühungen zu bewältigen. Besonders gedacht wird in diesem Zusammenhang der zahlreichen Opfer, die Gewaltherrschaft, Krieg und Vertreibung in unserem Jahrhundert gefordert haben, sowie des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde. Beide Seiten unterstreichen ihre Entschlossenheit, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen.

(...)

Im Hinblick auf das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 bestätigt die Präambel die Formel des Prager Vertrags vom 11. Dezember 1973 auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens. Die tschechoslowakische Seite hatte in den Verhandlungen lange darauf gedrängt, über die Formulierung des Prager Vertrags hinauszugehen und eine Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an („ex tunc“) im Vertrag zu verankern. Die Bundesregierung hat dies unter Darlegung der deutschen Rechtsposition und mit Hinweis auf die bestehende Übereinkunft in den Artikel I und II des Prager Vertrags zurückgewiesen. Die genannte Präambelpassage bestätigt den sorgsam austarierten Kompromiß des Prager Vertrags, der die deutsche Rechtsposition in vollem Umfang wahrt.

Im Zusammenhang damit enthält die Präambel eine Tatsachenfeststellung, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat. Damit wird einem Anliegen der tschechoslowakischen Seite Rechnung getragen. Diese hatte sich ursprünglich für eine weitergehende Formulierung eingesetzt, die die Kontinuität der gemeinsamen Grenze seit 1918 bestätigen sollte. Da eine solche Formulierung die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen impliziert hätte, hat die Bundesregierung sie unter Hinweis auf die deutsche Rechtsposition zum Münchener Abkommen als nicht akzeptabel zurückgewiesen. Der vereinbarte Präambelsatz steht im Einklang mit der deutschen Rechtsposition; er bestätigt lediglich die rechtliche Kontinuität des tschechoslowakischen Staates, ohne eine Aussage über den jeweiligen geschichtlichen Gebietsstand der Tschechoslowakei zu treffen.

Artikel 20 und 21

In Artikel 20 wird die deutsche Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in ihrer Existenz förmlich anerkannt. Mit weitgehenden Regelungen konnte eine gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat geschaffen werden. Die Verpflichtungen des europäischen Standards der Minderheitenrechte, wie er insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE niedergelegt ist, wurden rechtlich verbindlich in diesem Artikel verankert. Gleichzeitig ist sichergestellt, daß es sich dabei nur um einen Mindeststandard im bilateralen Verhältnis handelt: die Regelung ist offen für weitergehende Rechte und trägt auch möglichen Weiterentwicklungen des europäischen Standards Rechnung (vgl. Absätze 1 und 2). Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit ist Sache der persönlichen Entscheidung des einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf. Ferner ist sichergestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Minderheit in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik durchführen kann. Eine zusätzliche Absicherung der Rechte der deutschen Minderheit bietet die allgemeine Schiedsklausel in Artikel 34. Im Vergleich zum Nachbarschaftsvertrag mit der Republik Polen vom 17. Juni 1991 wird im Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik eine in der Form unterschiedliche, dem Inhalt nach jedoch gleichwertige Minderheitenregelung für die Deutschen getroffen, die zudem neueren Entwicklungen der Minderheitenrechte in Europa Rechnung trägt.

Artikel 21 regelt demgegenüber die Rechte von Personen tschechischer oder slowakischer Abstammung in der Bundesrepublik Deutschland. Die hier aufgeführten Rechte sind in vollem Umfang bereits durch die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland garantiert. Durch die unter-

schiedliche Behandlung der Rechte dieses Personenkreises wird das beiden Seiten gemeinsame Verständnis deutlich, daß es sich bei dem Personenkreis nicht um eine Minderheit handelt. Die tschechoslowakische Seite hat dies in den Verhandlungen ausdrücklich bestätigt.

(...)

Briefwechsel

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 27. Februar 1992 in Prag.

Nummer 1

Unter Nummer 1 erklärt die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik ihre Bereitschaft, in der Perspektive einer vollen Eingliederung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik in die Europäischen Gemeinschaften in wachsendem Maße Möglichkeiten für die Niederlassung deutscher Bürger in der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu schaffen. Dies ist eine Konkretisierung der beiden Vertragsparteien gemeinsamen Überzeugung, daß viele der heute noch offenen Fragen bei Näherrücken eines Beitritts der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu den Europäischen Gemeinschaften entfallen oder sich leichter lösen lassen werden. Zwar geht die Erklärung der tschechoslowakischen Regierung in ihrer Bestimmtheit über die der polnischen Regierung unter Nummer 2 des Briefwechsels der Außenminister zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 hinaus; eine von deutscher Seite gewünschte ausdrückliche Bereitschaftserklärung der tschechoslowakischen Regierung, schon jetzt im Vorgriff auf den angestrebten Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ein Niederlassungsrecht einzuräumen, ließ sich indes nicht durchsetzen.

Nummer 2

Nummer 2 enthält die wichtige, von beiden Seiten übereinstimmend erklärte Feststellung, daß der Vertrag sich nicht mit Vermögensfragen befaßt. Damit wird klargestellt, daß durch den Vertrag keine direkten oder indirekten Dispositionen über Vermögensfragen getroffen werden. Diese bleiben vielmehr offen. Die tschechoslowakische Seite hatte sich zunächst dafür eingesetzt, im Vertrag einen „Schlußstrich“ unter jegliche gegenseitigen vermögensrechtlichen Ansprüche im Sinne einer Verrechnung dieser Ansprüche zu ziehen. Die Bundesregierung hat demgegenüber deutlich gemacht, daß sie weder direkt noch indirekt über Ansprüche Dritter disponieren kann. Sie hat des weiteren in den Verhandlungen nochmals ihren Standpunkt deutlich gemacht, daß sie die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig betrachtet.

Motivenbericht der Regierung der CSFR für die Föderalversammlung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik

(Auszüge)

(...)

In der Präambel weist der Vertrag auf die jahrhundertelange fruchtbare Tradition der gemeinsamen Geschichte, auf die zahlreichen Opfer, die staatliche Gewalt, Krieg und Vertreibung forderten, und auf den festen Willen beider Seiten, den Gebrauch von Gewalt, Unrecht und Vergeltung

von Unrecht durch neue Ungerechtigkeit ein für allemal zu beenden. Der Ausdruck „Vertreibung“ hat eine moralische Bedeutung, und es dürfen daraus keinerlei rechtliche Folgerungen gezogen werden.

Die Entscheidung über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen, Ungarn und der CSR trafen die großen Siegermächte im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 im Namen der internationalen Gemeinschaft. Das Potsdamer Abkommen billigte auch die Aussiedlung, die vor seinem Abschluß durchgeführt wurde, an deren Realisierung sich die großen Siegermächte gleichfalls beteiligten. Die Aussiedlung sollte nach dem Potsdamer Abkommen ordnungsgemäß und menschlich durchgeführt werden und war in dieser Form völlig legitim. Bei ihrer Realisierung kam es jedoch unzweifelhaft, sei es als Folge des gerechten Zorns, sei es durch Mißgriffe, zu einer Gewalttätigkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt. Diese Exzesse bei der Realisierung der Aussiedlung, zu denen es besonders in der Phase bis zur Annahme des Potsdamer Abkommens kam, sind durch das Wort „Vertreibung“ ausgedrückt. Der Begriff „Vertreibung“ schließt aber auch die Vertreibung tschechoslowakischer Bürger aus dem tschechoslowakischen Grenzland, das nach dem Münchner Abkommen von Deutschland besetzt wurde, ein.

In der Präambel des Vertrages erkennen beide Seiten die Kontinuität des tschechoslowakischen Staates seit dem Jahr 1918 an und bestätigen den Vertrag über die Beziehungen zwischen CSSR und BRD vom 11. Dezember 1973 auch hinsichtlich der Ungültigkeit des Münchner Abkommens. In der Präambel des Vertrages aus dem Jahre 1973 ist ausgeführt, daß „das Münchner Abkommen vom 29. September 1938 der CSR vom nazistischen Regime unter Androhung von Gewalt aufgezungen wurde“, und daß die Vertragsparteien gemäß Artikel 2 dieses Abkommen als ungültig erachten. Im Vertrag von 1973 ist folglich einer der Hauptgründe der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an angeführt, nämlich die Drohung mit Gewalt, mit der die CSR genötigt wurde. Der Ausdruck „Nichtigkeit“ interpretierte die tschechoslowakische Seite und wird ihn weiter in Übereinstimmung mit der Wiener Vereinbarung über Vertragsrecht aus dem Jahre 1969 als „ungültig von Beginn an“ interpretieren (siehe Artikel 52 der Wiener Vereinbarung, wonach jeder Vertrag, dessen Abschluß durch Androhung oder Gebrauch von Gewalt erreicht wurde, null und nichtig ist). Im Kommentar der Kommission der UNO für internationales Recht ist ausgeführt, daß der Ausdruck „Nichtigkeit“ ungültig von Anfang an bedeute. Die „Nichtigkeit“ des Münchner Abkommens bestätigt den bekannten Grundsatz, daß aus Unrecht kein Recht entstehen kann. Im gegebenen Fall bedeutet dies, daß die Abtrennung beträchtlicher Teile des Gebietes der CSR von Anfang an widerrechtlich und ungültig war und daß dieses tschechoslowakische Grenzgebiet rechtlich niemals Bestandteil Deutschlands war.

(...)

Der Vertrag regelt desgleichen die Rechte von Personen, die zur deutschen Minderheit in der CSFR (Artikel 20) gehören, und der Tschechen und Slowaken, die sich jedoch auf dem Gebiet der BRD nicht als nationale Minderheit konstituiert haben (Artikel 21). Der Umfang ihrer Rechte ist insgesamt identisch. Ihre Rechte und Pflichten gehen insbesondere aus dem Dokument der Kopenhagener Vereinbarung über die humane Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990 hervor.

(...)

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages kam es zum Austausch von Briefen, in denen die Regierung der CSFR erklärt, daß die Perspektive des vollen Beitritts der CSFR in die Europäischen Gemeinschaften, wie im Artikel 10 ausgeführt, in zunehmendem Maße die Möglichkeit schaffen wird, daß auch Bürger der BRD sich in der CSFR ansässig machen können. Es geht um die Erklärung, die mit den tschechoslowakischen Verpflichtungen korrespondiert, die sich aus dem mit den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten vereinbarten Assoziierungsvertrag ergeben.

In den Briefen erklären beide Seiten weiter, daß dieser Vertrag sich nicht mit eigentumsrechtlichen Fragen befaßt. Diese Feststellung bezieht sich einerseits auf tschechoslowakische Ansprüche, als da besonders sind Reparationen, Kriegsschäden, nicht reparationsfähige Vorkriegsforde-

rangen, andererseits auf angebliche Ansprüche von Sudetendeutschen. Hierzu muß angemerkt werden, daß die Konfiskation ihrer Vermögen im Einklang mit internationalem Recht und auf der Grundlage der tschechoslowakischen Rechtsvorschriften ohne Anspruch auf Entschädigung vorgenommen wurde. Dieser Standpunkt stützt sich auf das Pariser Reparationsabkommen, das die CSR ermächtigte, das Eigentum von Personen, die ihre Staatsangehörigen zu der Zeit, als es zu ihrer Okkupation kam, waren, zu behalten und zu liquidieren, d. h. der Sudetendeutschen.

Jedweder Vermögensentschädigung von Sudetendeutschen stehen auch die neuen tschechoslowakischen Rehabilitations- und Restitutionsgesetze entgegen, welche die Entschädigung von Eingriffen in das Vermögen, die sich vor dem 25. Februar 1948 ereigneten, ausschließen.

Falls angebliche Ansprüche von Sudetendeutschen in der Zukunft durch Vermittlung der Regierung der BRD geltend gemacht werden sollten, würden gegen sie tschechoslowakische Reparationsansprüche, die Schäden aus dem Münchner Abkommen und Forderungen ohne Reparationscharakter aufgerechnet werden.

Nach der Paraphierung des Vertrages wurde die Verhandlung über die Entschädigung tschechoslowakischer Persektionsansprüche fortgesetzt. Es wurde die Möglichkeit der Schaffung einer unilateralen deutschen Stiftung nach dem Muster der polnischen (aus der auch und im Laufe der Aussiedlung besonders schwer verfolgte Deutsche entschädigt wurden) und die Möglichkeit deutscher Investitionen in der CSFR als Formen indirekter Kompensation (im Werte substantiell höher als bei der unilateralen deutschen Stiftung) geprüft.

Bei Bewertung aller Aspekte, und zwar sowohl der politischen als auch der ökonomischen und rechtlichen, erweist sich die deutsche Stiftung in der CSFR, aus der tschechoslowakische Bürger direkt entschädigt würden, als für die CSFR am günstigsten. Gegenwärtig sind komplizierte Verhandlungen über die Errichtung dieser Stiftung im Gange.

(...)

Wiener Dokument 1992

der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

einberufen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des abschließenden Dokuments des Wiener Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(Auszüge)

(1) Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Albanien, Armenien, Aserbaidshjan, Belarus, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, der Heilige Stuhl, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Kanada, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Monaco, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, die Russische Föderation, San Marino, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tschechische und Slowakische Föderative Republik, Tadschikistan, die Türkei, Turkmenistan, die Ukraine, Ungarn, Usbekistan, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern, tagten in Wien in Übereinstimmung mit den in den Abschließenden Dokumenten der in Madrid und in Wien abgehaltenen Folgetreffen der KSZE enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa.

(2) Die Verhandlungen dauerten vom 9. März 1989 bis zum 4. März 1992.